

nisterkonferenz eingerichtet wurde. Die Kultusbürokraten sollten die Belastung der Länder durch das Milliarden-Programm so niedrig wie möglich halten. Eine Absage an Möllemann schien wegen der Studentenproteste, die seit drei Wochen viele Hochschulen in der Bundesrepublik nahezu lahmgelegt haben, politisch nicht vertretbar.

Außerdem war da noch eine alte Rechnung zu begleichen: Seit der Wende 1982 hat der Bund den Bildungsetat um mehr als eine Milliarde Mark heruntergefahren. Aus Sicht der Kultusminister enthält Möllemanns Angebot nur eine längst fällige Wiedergutmachung, die mit keiner Gegenleistung der Länder verbunden sein dürfte.

Entsprechend skrupellos werden nun alle Not- und Sonderprogramme der letzten drei Monate einfach als Vorleistungen für Möllemanns Milliarden-Programm deklariert. Das Berliner Abgeordnetenhaus zum Beispiel hatte, eine Woche nach dem Ausbruch des großen Studentenstreiks an Freier und Technischer Universität, einen Zuschlag von zehn Millionen Mark für die Hochschulen bewilligt. Diese Summe entspricht dem jährlichen Anteil Berlins am Möllemann-Programm. Bleibt es beim Stichtag 1. Oktober, dann können die überlasteten Berliner Hochschulen mit keiner zusätzlichen Mark rechnen.

Nordrhein-Westfalen hat schon zu Beginn des Wintersemesters die sogenannten Notzuschlagsmittel um zehn Millionen Mark erhöht. Wissenschaftsministerin Anke Brunn (SPD) will diesen Betrag angerechnet wissen. Auch Hessen, Bayern und Niedersachsen haben versucht, die Unruhe an den Hochschulen kurzfristig mit Überlast-Programmen zu besänftigen – nun auf einmal zählt alles zum Möllemann-Programm.

Besonders elegant will sich das finanzschwache Saarland aus der Affäre ziehen. Der seit langem geplante Haushalt 1989 sieht eine Steigerung der Ausgaben für Forschung und Lehre um vier Prozent vor. „Das sind schon jene 2,5 Millionen Mark“, erklärt Rüdiger Pernice, Chef der Hochschulabteilung im saarländischen Kultusministerium, „die wir für das Bund-Länder-Programm aufbringen müssen.“ Nun also, meint Pernice, sei der Bundesbildungsminister am Zuge, um seinerseits 2,5 Millionen Mark in die saarländischen Hochschulen zu stecken.

Doch solche Rechenkünste tragen nicht weit. Gerade den Studenten gelang



Protest-Student (in Münster): „Wir machen weiter“

es in den letzten Wochen, mit medienwirksamen Aktionen („Nur weil der Kohl kein Englisch kann, streicht die Anglistik der Möllemann“) gegen Mißstände zu protestieren. So setzte Anfang Dezember ein gutes Dutzend Bonner Studiosi vor Möllemanns Augen zum Gruppen-Striptease an, Motto: „Sie wollen uns ja doch nur bis aufs Hemd ausziehen.“

In den Universitäten, berichtet Bernd Schulte-Middelich, Sprecher der Uni Bochum, hätten die Professoren und Studenten mit dem „Etikettenschwindel“ schon gerechnet. Solange sich aber die Studienbedingungen nicht wirklich verbesserten, glaubt Schulte-Middelich, „wird's an den Hochschulen nicht mehr ruhig werden“.

Der Berliner Politologie-Professor Hartmut Jäckel fürchtet gar ein „Umkippen“ des bislang weitgehend friedlichen Studentenprotests: „Wenn die Studenten sagen, wir machen nach Weihnachten weiter“, spekuliert Jäckel, „so wäre eine erhebliche Radikalisierung die Folge.“

Vorerst ruhen die Streiks und Institutsbesetzungen („Wir backen uns Studienplätzchen“) in Berlin, Frankfurt, Hamburg, Münster und anderswo. Fest geplant sind für das neue Jahr vorerst nur autonome Seminare, in denen zum Beispiel über feministische Wissenschaften und interdisziplinäre Forschungsprojekte diskutiert wird.

Diese Zirkel aber könnten zu Keimzellen eines neuen politischen Protests werden. Denn dort diskutieren die Studenten, die eigentlich nur die unzumutbaren

Bedingungen an den Universitäten anrangern wollten, gesellschaftspolitische Ideen, die sich nicht einfach mit Geld aus der Welt schaffen lassen.

Forderungen nach mehr Mitbestimmung in den Hochschulgremien oder nach Frauenquoten für die Professoren haben sich bei den Studenten der großstädtischen Universitäten in den letzten Wochen sprunghaft verbreitet. Nur in den kleineren Uni-Städten beschränkte sich der Protest aufs Materielle. Die Wirtschaftswissenschaftler der Universität Erlangen-Nürnberg etwa scheiterten schon mit der Forderung, die Verfaßte Studentenschaft, die in Bayern seit 1974 abgeschafft ist, wieder einzuführen. „Wir haben diesen Antrag schnell wieder zurückgezogen“, berichtet Martina Eckardt, 21, vom lokalen Streikkomitee, „weil die meisten Kommilitonen nicht mehr wissen, was überhaupt ein Asta ist.“

Zur Radikalisierung der großstädtischen Studentenschaft dürfte auch die abbröckelnde Solidarität der Professoren beitragen. Die Massendemonstrationen gegen die Kürzung der Hochschulsetats paßte den Hochschullehrern gut ins Konzept. Als aber zum Beispiel die Chemie-Forschungslabore der Freien Universität Berlin von Studenten besetzt wurden, gab es handfesten Streit mit den Professoren. Chemie-Student Hendrik Rosenboom, 24: „Ein paar Stunden Forschungsausfall geht denen schon an die Nieren, aber 14 Tage Lehrausfall macht offenbar gar nichts.“

Auch der Hamburger Wissenschaftssenator von Münch weiß um die trügerische Ruhe, die das Weihnachtsfest den Hochschulen beschert. Universitäten und Fachhochschulen „brauchen dringend unsere Hilfe“, meint der Senator, denn: „Dieser Topf kann uns allen noch um die Ohren fliegen.“

ATOMENERGIE

Große Schlamperei

Neuer Höhepunkt der Pannenserie In Atommeilern: Brokdorf wurde ohne funktionstüchtige Notaggregate betrieben, in Biblis versagten extra entwickelte Schutzschaltungen – der Reaktor ist abgeschaltet.

Die Inspektionsarbeiten im Kernkraftwerk Brokdorf waren reine Routine. Wie jeden Monat seit Inbetriebnahme des Atommeilers an der Untereibe überprüften Techniker die vier Notspeise-Dieselaggregate. Sie sollen bei Katastrophen außerhalb des Reaktors, etwa bei Flugzeugabstürzen oder schweren Explosionen, die Nachkühlung sicherstellen und automatische Abschaltung gewährleisten.

Der fast alltägliche Kontrollgang geriet zum außergewöhnlichen Vorfall. Beim Check von Schaltvorgängen konn-



Protest gegen Kraftwerk Biblis: „Stillegen – Aussteigen – Zurücktreten“

te ein Monteur plötzlich, wie der Kieler Energieminister Günther Jansen (SPD) hernach erklärte, einen Hebel „zu weit“ umlegen. Da gingen bei dem Techniker, rühmt die Betreiberfirma PreussenElektra, sogleich „alle Warnleuchten an“.

Die Alarmsignale lösten umfangreiche Nachforschungen aus. Bundesumweltminister Klaus Töpfer (CDU) will nun alle 25 bundesdeutschen Reaktoren überprüfen lassen. Denn schier Unfaßbares war in dem Meiler zutage gekommen: An allen vier Dieseln fehlten, und zwar schon seit Betriebsbeginn im Oktober 1986, „wichtige Teile“. Im Notfall hätten die Aggregate deshalb versagen und „ganz große Probleme bis zur Kernschmelze“ (Jansen) auslösen können.

Jedem der Motoren, die bei Stromausfall im Reaktor unabhängig voneinander die Dampferzeuger mit Frischwasser zur Kühlung speisen, aber auch Energie erzeugen sollen, fehlte in einem Kuppelungsteil das unentbehrliche Schmiermittel: Das Öl war ausgelaufen. Die Ingenieure hatten vergessen, in einem Stutzen zwischen Generator und Getriebe bestimmte Dichtungen, sogenannte Abschlußdeckel, einzubauen.

Die Brokdorfer Entdeckung in der Vorweihnachtswoche zeigt, knapp 14 Tage nach den Enthüllungen über den vertuschten Störfall im hessischen Biblis, wie fragwürdig selbst die Sicherheit der Notssysteme ist, die das Restrisiko minimieren sollen. Zum ersten Mal war die Gefahr eines Super-GAU, eines nicht mehr beherrschbaren Störfalls, quasi von Betriebs wegen eingebaut. Der Montagefehler war weder bei der Abnahme durch Betreiber und Aufsichtsbehörden noch bei den monatlichen Probeläufen der Dieselmotoren aufgefallen.

Die „große Schlamperei“ (Jansen) in dem Meiler stellt aufs neue die Sicherheitsphilosophie der Reaktor-Betreiber in Frage, die ohnehin ihre Pannen traditionell erst einmal zu vertuschen suchen. Ein gutes Dutzend Störfälle, die wie in Brokdorf zur zweithöchsten Gefährdungstufe der Kategorie E (Eil) gehören, sind Jahr für Jahr nach offiziellen Angaben zu vermelden. Viele von ihnen werden erst sehr viel später publik.

Im bayrischen Meiler Gundremmingen etwa konnte eines von elf Überdruckventilen zwar geöffnet, aber nicht wieder geschlossen werden. Der Betriebsleiter schaltete den Reaktor von Hand ab. Der Störfall vom 8. August wurde erst jetzt durch eine Veröffentlichung der „Augsburger Allgemeinen“ bekannt und dann gleich wieder als „nebensächlich“ (Kraftwerksdirektor Reinhardt Ettemeyer) abgetan.

Nach Andeutungen des Kieler Ministers Jansen über einen „schweren Störfall“ im niedersächsischen „Schrottreaktor“ Stade bequemen sich zwei Wochen vor Weihnachten auch Politiker und Betreiber in Hannover zur öffentlichen Beichte. Ein automatisch verschlossenes Ventil einer Frischdampfleitung verursachte eine Schnellabschaltung der Turbine. Dabei kam es zu starken Vibrationen der überalterten Leitungen – Bruchgefahr inbegriffen.

Bereits vier Monate zuvor war in Stade ein Ventil im nichtnuklearen Speisewassersystem abgerissen. Nachdem der Vorfall den Behörden zunächst verheimlicht worden war, leitete der niedersächsische Umweltminister Werner Remmers (CDU) ein Ordnungswidrigkeitsverfahren gegen die Betreiber ein, das wochen-

lang unter Ausschluß der Öffentlichkeit betrieben wurde.

Der bislang letzte Störfall der Kategorie E ereignete sich am 4. Advent im niedersächsischen Atommeiler Lingen II. Wegen eines falschen elektrischen Steuerbefehls öffnete die Reaktormannschaft ein „Abblaseventil“ des primären Kühlmittelkreislaufs; 32 Sekunden lang strömte radioaktives Kühlwasser in einen „Abblase-tank“.

Einen eindrucksvollen Beleg, wie Atomindustrie und politische Atomlobby Störfälle vertuschen, druckte das US-Fachmagazin „Nucleonics Week“ Anfang Dezember in einem Bericht über Biblis. Dort war, am 16. Dezember 1987, die

Außenwelt 15 Stunden lang nur noch durch eine Barriere, die sogenannte Zweitabspernung, vor einer Verstrahlung durch hochradioaktives Kühlwasser aus dem Reaktor-Block A geschützt.

Gleich drei Schichten der Bedienungsmannschaft hatten eine Warnlampe übersehen und nicht bemerkt, daß ein Ventil, die Erstabspernung, offenstand. Franz Mayinger, Biblis-Experte der Reaktor-Sicherheitskommission, räumte ein, dies hätte zu einem „auslegungsübergreifenden Störfall“ führen können – bürokratische Umschreibung für den Super-GAU vom Typ Tschernobyl.

Seit Mittwoch dieser Woche, nach einem „aufsichtlichen Gespräch“ von Hessens Umweltminister Karlheinz Weimar (CDU) und dem Biblis-Betreiber Rheinisch-Westfälisches Elektrizitätswerk (RWE), ist das Kraftwerk stillgelegt – mindestens bis 3. Januar. Der Chef des Atommeilers und der Leiter des Blocks A wurden „bis auf weiteres von ihren Aufgaben entbunden“ (RWE).

Bis Anfang Januar muß Weimar dem Bundesumweltminister und dem hessischen Verwaltungsgerichtshof berichten, ob das RWE noch die vom Atomgesetz geforderte „Zuverlässigkeit“ als Kraftwerksbetreiber besitzt; überdies muß der Minister klären, ob die von ihm erteilten Auflagen erfüllt werden und wann Biblis wieder ans Netz darf.

Das Beispiel des Pannen-Reaktors Biblis läßt erkennen, weshalb die Atomgemeinde Informationen zurückhält. Denn nicht einmal die „technischen Verbesserungen“, die Bundesumweltminister Töpfer eilends präsentierte, können garantieren, daß es an den alten Ventilen nicht wieder zu Fehlfunktionen kommt.

So wurde der Nachbarblock B des Hessen-Meilers am 14. Dezember abgeschaltet – wegen „kleiner Leckagen“ im Nachkühlsystem. Der Störfall wurde ausgerechnet von der neuen Schutzschaltung mitverursacht. Sie soll Manipulationen von Hand am Prüfventil, wie sie Techniker in Biblis A versucht hatten, unmöglich machen, solange die Erstabspernung offen ist. Erst wenn eine Kontrollampe die Schließung des Erstventils anzeigt, hebt ein elektrischer Kontakt die Blockade des Prüfventils auf.

Schon zweimal bescherte die technische Neuerung den Betreibern Probleme. Das Prüfventil ließ sich bei Tests im November plötzlich nicht mehr öffnen, obwohl die Erstabspernung nachweislich dicht war. Wegen eines Defekts im elektronischen Meldesystem der Erstabspernung wurden falsche Signale an das Prüfventil gegeben – die Schutzschaltung erwies sich als untauglich.

Angesichts immer neuer Horrormeldungen erhalten AKW-Gegner wieder Zulauf. Rund 10 000 Demonstranten aus 120 Organisationen protestierten am 4. Advent in Biblis gegen die unheimliche Bedrohung: „Stilllegen – Aussteigen – Zurücktreten“. Rund 83 Prozent der Bundesbürger glauben, daß Unfälle in deutschen Atomkraftwerken mit schwerwiegenden Folgen möglich sind.

Zu den „zahlreichen nicht identifizierten Restrisiken“ (Jansen) in der Atomwirtschaft, so zeigte sich in Brokdorf und Biblis erneut, gehört ein altbekanntes: das Risiko Mensch.

KATASTROPHEN

Null Druck

Nach der Explosionskatastrophe im hessischen Niederwalluf fürchten Fachleute, daß Fehlschaltungen in der Gasversorgung neue Unfälle verursachen könnten.

Das Unheil kündigte sich mit einem Geräusch an, das Bewohner falsch deuteten. Es klang, erinnert sich eine Hausfrau aus dem Tulpenweg im hessischen Niederwalluf, als liefe „die gerade gezogene Klospülung wieder voll“.

Doch das Rauschen nahm nicht ab, es wurde stärker. Mit ungeheurem Druck, einem Zigfachen des Zulässigen, schoß Gas durch die Leitungen. Stichflammen schlugen aus Heizung und Herd empor, Detonationen erschütterten das Blumenviertel, einen Ortsteil der Gemeinde am Rhein. Dachstühle hoben ab, Möbel flogen durch berstende Glasscheiben auf die Terrasse.

Eine einstürzende Wand erschlug ein zehnjähriges Mädchen, herabfallende Trümmer verletzten fünf Bewohner. Als Hessens Innenminister Gottfried Milde (CDU) am Donnerstag vor dem 4. Advent, rund drei Stunden nach dem ersten Knall, 17 zerstörte und beschädigte

Häuser bilanzierte, nahm die Katastrophe weiter ihren Lauf: Noch viermal explodierte in der Siedlung ein Luft-Gas-Gemisch. Ein 84 Jahre alter Mann, der mit den rund 2000 Bewohnern des Viertels evakuiert worden war, erlag einem Schwächeanfall.

Den Auslöser des Unglücks, das ohne Beispiel ist, hatten die Ermittler schnell gefunden: Bei Reparaturarbeiten war die Steuerung des zentralen Reglers ausgeschaltet worden, der den Gasdruck von sechs Bar in der Hauptleitung auf 22 Millibar im Versorgungsnetz für die Haushalte drosselte.

Ob ein Konstruktions- oder Bedienungsfehler vorlag oder beides zusammenspielte, konnte die Wiesbadener



Explosionsschäden in Niederwalluf
„Ventile, die da nicht hingehören“

Staatsanwaltschaft, die wegen fahrlässiger Tötung und fahrlässiger Körperverletzung ermittelt, bislang noch nicht klären. Mit gesicherten Ergebnissen, hieß es, sei „in Kürze nicht zu rechnen“. Fest steht jedenfalls, wie Klaus Olennik vom Versorger „Gaswerksverband Rheingau AG“ einräumt, daß die Ursache innerhalb des Unternehmens lag.

Bisher waren Gasunfälle immer hausgemacht. Die Schuld trugen meist die Abnehmer. Poröse Rohrleitungen oder das unsachgemäße Hantieren daran, defekte Gasgeräte oder ihre – fahrlässig wie vorsätzlich – falsche Bedienung führten zur Explosion:

▷ In Brinkum bei Bremen jagte im Mai 1985 ein junger Mann aus Liebeskummer sein Haus in die Luft. Die Druckwelle zerstörte auch zwei Nachbarhäuser.

▷ In Bückeberg stürzte 1984 ein Reihenhäuser ein, als Gasmänner im Keller nach einem Leck suchten. Die Fachleute und der Hausmeister wurden verschüttet.

▷ In der Regensburger Altstadt wurden bei fünf Gasexplosionen innerhalb von drei Jahren drei Menschen getötet, neun schwer verletzt. Die Ursache waren jedesmal brüchige Graugußrohre, aus denen, vermutlich nach Erschütterungen durch den Schwerlastverkehr vor den Häusern, das Gas entwich.

Appelle der Gasversorger, alte Rohre durch stabile Leitungen zu ersetzen, zeigten bei den Verbrauchern Wirkung. In den achtziger Jahren verminderte sich das Explosionsrisiko. Auch die Umstellung von toxischem Leuchtgas auf ungiftiges Erdgas senkte die Unfallzahlen. Als Zeugen dafür, daß das Risiko abnehme, führten die Gaswerke fortan gerne die Bundesstatistik an. Darin werden Gasunfälle schon seit Jahren nicht mehr erfaßt, Begründung: Es sei wahrscheinlicher, vom Blitz erschlagen zu werden, als bei einem Gasunglück ums Leben zu kommen.

Der Bereitschaft der Kunden, auf dringenden Rat der Gasversorger durch hohe Investitionen im Haus die Explosionsgefahr herabzusetzen, steht offensichtlich eine zunehmende Nachlässigkeit der Gaslieferanten selber gegenüber – wie das Unglück in Niederwalluf zeigt.

Denn Sachverständige des hessischen Landeskriminalamtes entdeckten in der zentralen Regleranlage einen gravierenden Konstruktionsfehler. Ein Gasrohr, das als Meßleitung aus dem Niederdrucknetz zurück zum Regler führt und dort den herrschenden Druck meldet, konnte mit einem Schieber abgeschottet werden, ohne daß das gesamte Versorgungsnetz stillgelegt werden mußte – was auch geschah. Fatale Folge: Die abgesperrte Meßleitung zeigte dem Regler ständig „Druck Null“ an. Die Ventile vom Hochdrucknetz öffneten sich ganz, das Gas schoß mit sechs Bar in die Verbraucherleitungen.

Das Meßrohr, ergaben die Ermittlungen, wurde nicht absichtlich, sondern aus Versehen blockiert: Handwerker sperrten bei Reparaturarbeiten eine Leitung ab, die zu einem Gartenbaubetrieb führte. Weil das Meßrohr jedoch ausge-